

Hartz IV und die neue soziale Frage

Es ist paradox: Unsere Sozialausgaben haben sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten mehr als verdreifacht; sie erreichten 2009 die Rekordsumme von 754 Milliarden Euro, geregelt in fast eintausend sozialgesetzlichen Titeln und Einzelvorschriften. Trotz dieser Explosion der finanziellen Leistungen wird aber die von den Bürgern gefühlte „Gerechtigkeitslücke“ immer größer, weil die Ansprüche offenbar noch schneller wachsen.

Aus dieser „Sozialstaatsfalle“ finden wir nur durch einen grundlegenden Paradigmenwechsel heraus: Wir dürfen die Qualität unseres Sozialstaates nicht länger in erster Linie über seine rein finanziellen Aufwendungen definieren. Das ist zwar bequem, führt uns aber in die falsche Richtung, weil nicht mehr der sparsame, bedarfsgerechte und zielgenaue Umgang mit diesen solidarisch erbrachten öffentlichen Mitteln bestimmend ist, sondern ein generelles Anspruchsdenken, das den Wohlfahrtsstaat missversteht als ständigen Reparaturbetrieb für alle individuellen Schicksalsfälle des Lebens. Hier muss umgesteuert werden, wollen wir den Sozialstaat nachhaltig zukunftsfest machen, bevor das soziale Netz endgültig reißt.

Größter aktueller Handlungsbedarf besteht bei den Ausgaben für die Risiken der Arbeitslosigkeit, denn sie sind in diesem System der wichtigste Kostentrei-

ber. Die jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Zukunft der Jobcenter und zu den Hartz-IV-Regelsätzen bieten der Politik jetzt die große Chance, die vor fünf Jahren in Kraft getretenen Arbeitsmarktrefor-men in entscheidenden Punkten neu auszurichten. Mit dem geltenden Instrumentarium ist es offenkundig nicht ausreichend gelungen, den



Professor Klaus Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Präsident des DIW in Berlin.

Foto ddp

Hauptproblemgruppen zu helfen. Von allen Arbeitslosen beziehen 65 Prozent Hartz IV, von den ausländischen Arbeitslosen sind es 81 Prozent. Ein Hartz-IV-Arbeitsloser ist im Schnitt 500 Tage ohne Arbeit. Auffallend ist die hohe Zahl der Geringqualifizierten: 47 Prozent der

Hartz-IV-Arbeitslosen haben keine Berufsausbildung (übrige Arbeitslose: 22 Prozent).

Ihnen durch Qualifizierung zu helfen ist die eigentliche Herausforderung. Zugleich wissen wir aber aus Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, dass jene, die als „Langzeitarbeitslose“ bezeichnet werden, in ihrer übergroßen Mehrheit nichts mehr wollen als einen neuen Job. Weil jedoch der Abbau der Arbeitslosigkeit bei den Hartz-IV-Empfängern langsamer voranging als bei den übrigen Arbeitslosen, hat sich der Eindruck verfestigt, die geltenden Regeln betrieben vorwiegend einen negativen Sanktionsmechanismus und führten in den wirtschaftlich-sozialen Abstieg. Deswegen ist diese Arbeitsmarktreform so diskreditiert.

Die Berliner Politik ist dringend aufgerufen, aus diesen Fehlentwicklungen die Konsequenzen zu ziehen. Sie muss vor allem an zwei zentralen Punkten korrigierend handeln:

Erstens: Für die Arbeitslosen muss es in den Jobcentern oberstes Prinzip sein, für jeden einzelnen Kunden eine effektive individuelle Beratung und begleitende Betreuung aus einer Hand zu garantieren – und zwar von Anfang an.

Für jugendliche Abbrecher, Ungelernte, Mitbürger mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende setzt diese Hilfe bisher oft deutlich zu spät an. Dabei geht

es vielfach nicht nur um eine Jobvermittlung, sondern auch die Lösung sozialer Konflikte, von familiären Fragen, Motivations- und Qualifikationsdefiziten, die sich als Hemmnisse bei der Beschäftigungssuche erweisen.

Zweitens: Viele der Probleme sind nicht durch immer neue finanzielle Transferleistungen lösbar. Statt etwa Regelsätze zu erhöhen, sollten deshalb gezielt durch Einstellungs- und Bildungsgutscheine Qualifikationen gefördert und Brücken in die Beschäftigung vermittelt werden; kostenlose Angebote könnten überdies die wichtige Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Dieser Grundsatz „Sach- und Dienstleistungen statt Bargeld“ muss noch mehr für die besorgniserregende große Zahl von Kindern gelten, die unter Hartz-IV-Bedingungen leben müssen. Bei ihnen kommen reine Geldleistungen oftmals gar nicht richtig an. Wer diesen Mädchen und Jungen bessere Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnen will, tut dies am besten über gute Betreuungsangebote, außerschulische Förderung, kostenlose Bücher.

Die Zukunft gehört also dem vorsorgenden Sozialstaat, der durch aktive Hilfe den Sprung in die Eigenverantwortung ermöglicht. Dies ist nicht primär eine Frage des Geldes. Unser Gemeinwesen nach diesem Prinzip effektiv zu organisieren, dies ist die neue soziale Frage.